

Zeitschrift für angewandte Chemie

Bd. II., S. 217 — 224 | Wirtschaftlicher Teil u. Vereinsnachrichten

4. April 1919

Über einige notwendige Freiheiten für den Aufstieg der Begabten im Industrieleben.

Mehr als je hängen industrieller Fortschritt, wirtschaftliche Entwicklung, siegreicher Daseinskampf eines Landes von der planmäßigen Organisation und Verwendungskunst aller verfügbaren Intelligenzen ab. Allein, was auch durch Großindustrialisierung und Massenvereinigung gebildeter Arbeitskräfte erreicht werden mag: die wichtigste Grundlage bildet doch immer die Tüchtigkeit und Leistungsfähigkeit des Einzelnen. Und diese Leistungsfähigkeit, so individuell sie auch ist, richtet sich wiederum sehr nach der Lage, vor allem nach der Entwicklungsfreiheit des Angestellten. In diesem letzten Punkte nun scheint die Laufbahn des akademisch gebildeten Angestellten vielfach beengt und behindert zu sein, — nämlich in der Art, wie das aus wissenschaftlicher und erfinderischer Tätigkeit hervorgegangene geistige Eigentum zum Nachteil seiner Entwicklung und des allgemeinen Fortschritts entpersönlicht, anonymiert und unter den Schild einer Firma gebracht wird. Wohl gibt es einzelne Ausnahmen, z. B. in Amerika, wo das Patentgesetz mit strenger Schärfe den wahren Urheber, den wirklichen Erfinder verlangt. Sonst aber herrscht in den Industriebetrieben überall der Gebrauch und die Regel, den Namen des tätigen Angestellten ungenannt zu lassen und überhaupt jedes persönliche Hervortreten nach außen, wie etwa in Fachpublikationen, vertraglich zu untersagen.

So ergibt sich denn die auffällige Tatsache, daß, während jeder Staatsangestellte, jeder kaufmännische oder sonst außer Industrie tätige Mann volle Rede- und Schreibfreiheit besitzt und all sein Können öffentlich beweisen kann, also in der Lage ist, weite Kreise auf seine Fähigkeiten, Talente usw. aufmerksam zu machen, um so seinen richtigen, gebührenden Platz zu finden, den mittleren wie den höheren Fabrikangestellten solche Gelegenheit benommen bleibt.

Mit welchem Rechte, wird man sich fragen. Die Firma gibt zur Antwort, daß sich der Angestellte ja ihrer Mittel und ihres Eigentums bediene, daß er auf ihre Kosten zu seinen Ergebnissen gelange, und daß deshalb von irgendwelchen öffentlichen Äußerungen nicht die Rede sein könne, weil andere Fabriken dadurch aufmerksam gemacht und in die Lage versetzt würden, sich mühelos in den Besitz von wissenschaftlichen und technischen Errungenschaften zu setzen, für die sie Zeit und Geld geopfert habe. Außerdem würde der Angestellte durch solche Nebentätigkeit leicht seine Fabrikarbeit vernachlässigen und dazu geführt, mehr sein persönliches Interesse als dasjenige der Firma zu verfolgen. Übrigens — so wird weiterhin etwa eingewandt — bezahle man dem Angestellten nicht nur seine Dienste, sondern sei auch am ehesten und schnellsten dazu bereit, besondere Leistungen und Tüchtigkeit nach Verdienst zu würdigen und zu belohnen, — um so mehr, als die eigene Firma in solchen Angelegenheiten viel sicherer als eine fremde urteilen könne.

Solche Gründe mögen stichhaltig sein für das Eigeninteresse der Firma, nicht aber für den Vorteil des Industrieganzen, auf den es jetzt je länger desto mehr ankommt. Denn abgesehen davon, daß eine Fabrik infolge ihres Einzelprogramms, ihres oft sehr begrenzten Arbeitsfeldes und nicht selten auch ihrer Mittel wegen in manchen Fällen recht wenig Lern- und Entwicklungsmöglichkeiten bietet, kann sie dem tüchtigen, aufstrebenden Angestellten durch ungünstige Umstände (Bureaukratismus, verknöcherte Organisation, neidische Vorgesetzte, Unnahbarkeit der Direktion) das Emporarbeiten erschweren, wenn nicht verunmöglichen. Will nun der Betreffende (um die Nervenprobe solcher Aussichts- und Zukunftslosigkeit nicht mehr länger bestehen zu müssen) endlich seine Stelle wechseln, so stehen ihm für alle seine Leistungen keine anderen Zeugnisse und Referenzen zur Verfügung als diejenigen, die ihm die alte Firma auf den Lebensweg mitzugeben beliebt. Wie mancher tüchtige Angestellte hat auf diese Art seine hoffnungsvolle Zukunft, ja selbst den Beruf verwirkt! Ohnmächtig, seine vielen Erfahrungen, seine erlangte Gewandtheit, seine durch die Praxis gewonnenen Fähigkeiten zur Empfehlung gebrauchen zu können, stellt er sich wieder auf die Stufe des Anfängers oder noch tiefer, da er

nicht mehr frei, sondern durch mißgünstige Urteile behindert in die Praxis tritt. Findet dieser Angestellte keine oder nur eine untergeordnete Stellung, so verkümmern seine angelernten Fähigkeiten, und die Industrie verliert in ihm eine nutzbringende Kraft, die, wenn sie nach außen bekannt geworden wäre, zweifelsohne den richtigen Platz gefunden hätte, während sie jetzt ökonomisch mißbraucht und dem Wirtschaftsleben teilweise entzogen wird.

Daher dem Fabrikangestellten freiere Bahn, als bisher gewesen ist! Man gewähre ihm endlich jene intellektuelle Selbständigkeit, die niemand etwas kostet, — außer etwa die Überwindung eines engherzigen Vorurteils. Man lasse seinen Namen nicht mehr unter dem Schild der Firma verschwinden, sondern hebe seine Leistungen da, wo sie es verdienen, öffentlich hervor, erwähne den Erfinder im Patente und gebe ihm auch die Ehre in Prospekten, Berichten und Abhandlungen, — so wie es in der Wissenschaft, an den Hochschulen zwischen Professoren und Studenten schon längst der Brauch ist. Verlangt dies schon das bloße Recht auf das geistige Eigentum, so geht daraus ein zweifacher Nutzen hervor: einmal für den Betreffenden selbst, dessen Sein und Zukunft damit weniger von dem Zeugnis eines einzelnen Arbeitgebers abhängig wird, und dann für die Allgemeinheit, die dadurch in die Lage kommt, den rechten Mann an den rechten Ort zu stellen.

Dr. Alfred Stettbacher.

Über Arbeits- und Lohnverhältnisse in der chemischen Industrie.

Man wird im allgemeinen sagen können, daß etwa während der ersten beiden Kriegsjahre die Arbeitsverhältnisse sich noch einigermaßen in den Bahnen bewegten, in welche sie während der letzten Friedensjahre auf dem freien Markte, unter Berücksichtigung insbesondere auch der Möglichkeit der Konkurrenz auf dem Weltmarkte, gelenkt worden waren. Dann aber kam das Hindenburgprogramm mit der äußersten Anspannung aller Kräfte unseres Gewerbefleißes für die Kriegszwecke, und zugleich mit der Parole, daß die Kosten keine Rolle mehr spielen könnten, einer Parole, die im Hinblick auf die ungeheuren Selbstkosten der Industrie für die wachsende Umstellung auf Kriegsbedarf, für die Beschaffung von Arbeitskräften und Material, für die Schadloshaltung stillgelegter Betriebe und für zahllose andere Mehrausgaben gewiß ihre Berechtigung hatte, die aber vielfach doch auch zu minder wirtschaftlicher Geschäftsführung verleitete.

Da die Unternehmer in der Erzielung ausreichender Preise für ihre Erzeugnisse meist wenig Schwierigkeiten hatten, so verfuhr sie auch minder vorsichtig in der Behandlung der Lohnforderungen und der begleitenden Forderungen der Arbeiterschaft, z. B. Versorgung mit Lebensmitteln, bei deren Preisen die beschaffenden Unternehmen hohe Beträge zusetzten, also in dieser Form die Bezahlung der Arbeitsleistungen weiter erhöhen mußten. Eine besondere Aufforderung zur Unwirtschaftlichkeit in der Behandlung der Lohnfrage lag eben bei denjenigen stark verbreiteten Kontrakten mit der Heeresverwaltung vor, bei denen die Heeresverwaltung sich zur Bezahlung der nachgewiesenen Selbstkosten des Unternehmers zuzüglich eines bestimmten Prozentsatzes als Unternehmergewinn verpflichtete.

Es leuchtet ein, daß bei solchen Kontrakten der absolute Gewinn des Unternehmers bei gleichbleibendem Prozentzuschlage mit der Summe der von ihm nachgewiesenen Lohnzahlungen steigen mußte, so daß die Erhöhung der Löhne auf diese Weise dem Unternehmer nicht nur keinerlei Schaden, sondern sogar einen unmittelbaren Vorteil einbrachte.

Neben der Steigerung der Löhne ging einher die Verteuerung des Lebensunterhaltes, begründet einerseits in der wachsenden Knappheit der im Inlande erzeugten und der unter großen Schwierigkeiten vom Auslande zu beziehenden Lebensmittel und sonstigen Gegenstände des täglichen Bedarfs, andererseits in den für Kriegsmaterialien und Kriegsarbeit in Umlauf gesetzten Milliarden Papiergeldes, welche eine überaus kaufkräftige und wenig häusliche Nachfrage nach Waren aller Art erzeugten.

Die Verteuerung der Lebenshaltung führte zu neuen Lohnforderungen, erhöhte damit abermals die Selbstkosten und demgemäß die Preisforderungen der Hersteller der Lebensmittel, und so steigerten sich diese Momente in Wechselwirkung fortwährend. Dieses Emporschauben konnte aufrechterhalten werden, weil schließlich das Reich alles mit Hilfe der teils in Anleihen, teils in schwebender Form geborgten vielen Milliarden bezahlte. In letzter Zeit hat die politische Umwälzung den Lohnforderungen noch eine Stütze anderer Art geliefert, die aber nach der Lage der Volkswirtschaft ebensowenig dauernden Bestand haben kann.

Denn nunmehr, da der Krieg als Auftraggeber an unbeschränkter und sorgloser Kaufkraft ausschidet, wird die deutsche Volkswirtschaft ihren inneren Gesetzen wieder folgen müssen. Dabei aber wird die unvermeidliche und unerbittliche Kontrolle des Inlandsmarktes durch den unentbehrlichen Zusammenhang mit dem Ausland wiederum einsetzen und unsere gesamte Preisbildung unter ihren Druck nehmen. Die Lösung lautet wieder: Entweder Waren ausführen oder Menschen ausführen.

Das Ausland kennt nicht entfernt die Preise unserer bisherigen abgeschlossenen Wirtschaft und kennt nicht das bei uns üblich gewordene Lohnniveau. Bei den gegenwärtigen Preisen ist nicht entfernt an eine Ausfuhr von deutschen Erzeugnissen zu denken, die groß und lohnend genug wäre, um uns die notwendige Basis zur Beschaffung unseres Bedarfes an fremden Stoffen zu verschaffen. Deshalb müssen unsere Preise sowohl, als auch deren bestimmende Elemente schleunigst heruntergedrückt werden. Es ist aber bekannt, daß unsere Ausfuhr im wesentlichen Erzeugnisse hohen Verarbeitungsgrades, meist gebrauchsfertige Waren, umfaßt und darin ihre Stärke findet, daß wir haftend an relativ geringem Materialwert, vor allem Arbeitsleistung ausführen. Daraus folgt unausweichlich, daß die Arbeitsleistung wieder verbilligt werden muß.

In welchem Maße die Arbeitsleistung in Deutschland durch Lohnsteigerung, durch Verkürzung der Arbeitszeit und durch Minderleistung in der Arbeitszeiteinheit tatsächlich verteuert worden ist, und wie sich die Wirkungen solcher Verteuerungen von Stufe zu Stufe des Produktionsvorganges fortpflanzen, ist an einer Reihe von Beispielen aus verschiedenen Industrie- und Gewerbsgebieten anschaulich gemacht worden, die von der Handelskammer zu Berlin jetzt den zuständigen Behörden im Verfolg mündlicher Erörterungen übergeben worden sind.

Eine chemische Fabrik beschäftigte im Jahre 1913 durchschnittlich etwa 140 Arbeiter, von denen jeder einen Durchschnittslohn von 55 Pfg. je Stunde erhielt. Im Jahre 1918 wurden durchschnittlich etwa 50 Arbeiter für einen durchschnittlichen Stundenlohn von 123 Pfg. beschäftigt. Seit dem November 1918 kam die Fabrik durch die Wiedereinstellung aus dem Felde heimgekehrter früherer Arbeiter auf ein Personal von 73 Arbeitern und damit auf etwa 30 mehr, als sie bei dem eingetretenen schlechten Geschäftsgang eigentlich gebrauchte. Der durchschnittliche Lohn aber stieg auf 1,66—1,70 M für die Stunde.

Die Fabrik hätte also nach den Verhältnissen vom Jahre 1913 für den achtstündigen Arbeitstag an Löhnen zu zahlen gehabt:

43 × 8 × 55 Pfg.	189,20 M = 100%
hattedagegen in Wirklichkeit zu zahlen 73 × 8 × 123 Pfg.	718,32 „ = 364%
	mehr 529,12 M = 264%

Hierzu tritt die durch die Lohnsteigerungen empfindlich gewordene Kohlenverteuerung. Im letzten Friedensjahre betrug die deutsche Kohlenförderung rund 280 Mill. t. Wenn eine Jahresmenge von 250 Mill. t zugrunde gelegt wird, führt die Steigerung der Häuerlöhne um 10 M, zu der noch 20% Kohlensteuer treten, zu einer Belastung unserer Volkswirtschaft um nicht weniger als 3 Milliarden M. Es braucht kaum ausgeführt zu werden, in welchem Maße die Verteuerung der Kohle in Verbindung mit der allgemeinen Lohnsteigerung und der Einführung des Achtstundearbeitstages auf unsere ganze industrielle und gewerbliche Tätigkeit einwirken muß. Man wird z. B. künftig die Tonne Roheisen, die früher 60 M gekostet hat, unter 250—300 M nicht ablassen. Nun führe man das Exempel fort bis zu den fertiggestellten Schienen und Schwellen, den Wagen und Lokomotiven, um eine Vorstellung von den geradezu verheerenden Folgen der Lohnbewegung zu gewinnen, die um so empfindlicher wirkt, als die Arbeiterlöhne in den feindlichen Ländern hinter den unseren weit zurückgeblieben sind. Nach Angaben des Reichsarbeitsblattes waren bis Anfang 1917 die Löhne in Frankreich nur um durchschnittlich 25%, in England um 33% gegen 1914 gestiegen, während die Erhöhung in Deutschland schon damals 75% betrug und sich bis September 1917 auf 110% gesteigert hatte. Eine höchst unerfreuliche Nebenerscheinung der ungeheuren und sprungweisen Lohnsteigerung ist der starke Bedarf an Geldmitteln, der zu der außerordentlichen Vermehrung des Notenumlaufes (Reichsbank und Darlehnskassen zusammen über 28 Milliarden M) geführt hat. Man wird die Lohnzahlung gegenwärtig auf mindestens 3 Milliarden im Monat schätzen können, während sie früher wenig über 1 Milliarde M in Anspruch nahm. Es braucht nicht gesagt zu werden, wie außerordentlich unser Kredit und Ansehen im Auslande durch diese Anspannung der Notenpresse leidet.

B—n.*

Gesetzgebung.

(Zölle, Steuern, Frachten, Verkehr mit Nahrungsmitteln, Sprengstoffen, Giften usw.; gewerblicher Rechtsschutz.)

England. Die Schwarze Liste. Seit Unterzeichnung des Waffenstillstandsvertrags wurden 101 Namen von den 552 auf der Schwarzen Liste für die Niederlande und 215 Namen von den 714 auf der Schwarzen Liste für Skandinavien stehenden Namen gestrichen. (Deutsches Generalkonsulat, Stockholm.) ar.

Nach Verfügung des Munitionsministers ist die Zwangswirtschaft über Ammoniak einstweilen außer Kraft gesetzt worden. Bis auf weiteres ist daher Erzeugung und Vertrieb von Ammoniak und Ammoniakprodukten ohne besondere Lizenz gestattet. („Fin. News“ vom 12./3. 1919.) Ec.*

Niederlande. Freigabe der beschlagnahmten Gewebe. Der Handelsminister hat die Bürgermeister angewiesen, alle von ihnen beschlagnahmten Gewebe wieder freizugeben, sofern dies nicht bereits geschehen ist. Es befinden sich darunter auch größere Mengen, die für deutsche Rechnung lagern und die trotz der Aufhebung der Beschlagnahme nicht nach Deutschland versandt werden können, da das Ausfuhrverbot bestehen bleibt. ar.

Frankreich. Ausfuhr nach Bulgarien, der Türkei und den Häfen des Schwarzen Meeres. Laut einer Bekanntmachung im „Journal officiel de la République Française“ vom 10./3. 1919 bleibt trotz der Aufhebung der Blockade gegen die bulgarischen und türkischen Küsten (s. S. 190) die Einfuhr von Kriegsgüter über bulgarische und türkische Häfen des Schwarzen Meeres weiterhin verboten. Gegenüber Bulgarien erstreckt sich das Verbot auch auf alle Gegenstände für die Beförderung zu Lande (einschließlich Lokomotiven, Rollmaterial, Kraftwagen, Fahrräder, Zug-, Reit- und Lasttiere) und auf Telephon- und Telegraphenmaterial. („Schweizerisches Handelsamtsblatt.“) or.

Italien. Die im Jahre 1917 erlassene Verordnung über die Beaufsichtigung des Handels mit Alkalien und Düngemitteln wird aufgehoben und wie folgt verändert: Der einheimische Handel mit Atznatron und Soda ist frei, mit der Einschränkung, daß seitens der Verbraucher Anmeldung der gelieferten Mengen beim Consorzio Produttori Soda Cloro und bei der Solvay Co. (für Soda nur bei der letzteren) erfolgen muß. Natriumnitrat- und Ammoniakvorräte müssen dem Ministerium für Ackerbau gemeldet werden. Den Verkaufspreisen für Atznatron für Februar sind die Londoner Notierungen zugrunde gelegt worden. Die Preise für Natriumcarbonat sind für die der Solvay Co. aus Regierungsvorräten überwiesenen Mengen auf 58 Lire für 100 kg und auf 53 Lire frei Genua oder Grenze für das von der Regierung angekaufte, demnächst eintreffende Material festgesetzt worden. Die Preise für Natrium- und Ammoniumnitrat werden vom Ackerbauministerium festgesetzt. Die Einfuhr von Atznatron und Soda ist auch weiterhin durch die noch in Kraft bleibende Verordnung vom 29./8. 1917 bis zum 31./7. 1919 bzw. 30./4. 1919 verboten. Die Einfuhr von Ammonium- und Natriumnitrat unterliegt der Kontrolle des Ackerbauministeriums. („Chem. Trade J.“ Nr. 1657.) z.*

Finnland. Nach einer Meldung aus Helsingfors hat der Landtag Ende Februar dem Regierungsvorschlag, wonach vom 1./6. 1919 ab der Staat die Herstellung von Alkohol und alkoholhaltigen Waren auf eigene Rechnung betreiben soll, in dritter Lesung zugestimmt. (Vgl. S. 178.) ar.

Deutschland. Mitteilung des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung. Von den früher im Kriegsstab in der Zentralstelle zur Förderung der Düngerherstellung und dann in der Gruppe Chemie des Reichsministeriums für die wirtschaftliche Demobilisierung bearbeiteten Düngerangelegenheiten verbleibt ab 1./3. 1919 bei der Gruppe Chemie des Demobilisierungsamtes nur noch die Bearbeitung aller der Fragen, die sich mit der Herstellung des künstlichen Stickstoffes und der fabrikatorischen Weiterverarbeitung des Stickstoffes befassen. Alle übrigen Düngerfragen werden vom gleichen Zeitpunkte an in der landwirtschaftlichen Sektion des Reichswirtschaftsministeriums bearbeitet. Insbesondere werden in der landwirtschaftlichen Sektion die Transportfragen für sämtliche Düngemittel behandelt. Dr. Bittong ist von der Gruppe Chemie des Demobilisierungsamtes in die landwirtschaftliche Sektion des Reichswirtschaftsministeriums übergetreten. Sämtliche Zuschriften sind zu richten an das Reichswirtschaftsministerium, Berlin NW 7, Bunsenstraße 2. Gleichzeitig wird gebeten, Angaben über minderwertige Düngemittel, wie seither, nunmehr an das Reichswirtschaftsministerium zu richten. dn.

Übersichtsberichte.

Das Schicksal deutscher Bergwerke in Ostasien. Eines der ausichtsreichsten deutschen Unternehmungen in Ostasien war das Ching-Ling-Chen-Bergwerk, das, 180 Meilen von Tsingtau entfernt und dicht an der Schantung-Eisenbahn gelegen, deutsches Besitztum war. Die Untersuchungen, welche von deutscher Seite angestellt worden waren, ergaben einen Eisengehalt von 65%,

einen Mangangehalt von 24%, einen Phosphorgehalt von 3% und einen Schwefelgehalt von 8%. Die Menge der vorhandenen Erze wurde auf mehr als 100 Mill. t bewertet. Die Deutschen hatten bereits Vorbereitungen zur Errichtung von zwei Hochöfen getroffen. Diese sollten elf Meilen von Tsingtau errichtet werden und zur Verhüttung der Erze des Bergwerks dienen. Seitdem Japan Tsingtau erobert hat, kam auch das Ching-Ling-Chen-Bergwerk unter japanische Verwaltung. Japan wußte, was es mit dem Werte dieser Erzgruben auf sich hatte, doch schwankte die Regierung, ob sie einen Kontrakt mit einer japanischen Privatgesellschaft abschließen oder die Entwicklung des Bergwerks in die Hände der Abteilung für Bergbau der Schantung-Eisenbahn legen sollte. Jetzt hat sie sich für das letztere entschieden. Übrigens verlautet, daß im Jahre 1918 50 000 t Erz gefördert wurden, die Erzeugung für 1919 aber bereits 150 000 t und 1920 sogar 300 000 t betragen soll. („Anz. f. Berg-, Hütten- und Maschinenwesen“.)

Über die Zukunft der schwedischen Hüttenindustrie schreibt „Svensk Handelstidning“ vom 22./2. 1919, daß, nachdem die Kriegskommissionen nunmehr in Auflösung begriffen sind, ein neuer kräftiger Zug von Unternehmungslust einsetzen muß, weil die ausländische Hüttenindustrie während des Krieges erhebliche Fortschritte gemacht hat, und die schwedische Überlegenheit im Wettbewerb bedroht ist. Die private Initiative muß unbehindert von allen Sozialisierungsexperimenten die Möglichkeit behalten, die Überlegenheit des schwedischen Qualitätsstahls in Zukunft auf dem Weltmarkt geltend machen zu können. Gegenüber der vielfach vertretenen Ansicht, daß in den nächsten Jahren ein starker „Stahlhunger“ herrschen wird, ist das Blatt der Meinung, daß eine ganz erhebliche Übererzeugung an Eisenerzeugnissen zu erwarten ist. In allen kriegführenden Ländern und besonders in Amerika ist die Herstellung von Halbfabrikaten wie Gußstücken, Walzisen und Platten usw. in den letzten Jahren erheblich gesteigert, die Fabriken aber, die die Halbfabrikate verarbeiten, sind ausschließlich auf die Kriegsmaterialherstellung eingerichtet worden. Es wird nun aber mehrere Jahre dauern, bis diese Fabriken sich wieder vollständig der Friedenserstellung angepaßt haben werden. Das Grundmaterial sowohl für Kriegs- als auch Friedenserzeugnisse bilden aber die gleichen Halbfabrikate. Hier muß also zunächst mit einem Überangebot und daraus folgend mit einer Preisverschlechterung gerechnet werden, wodurch auch die schwedischen Ausführpreise für Erze und Eisen in Mitleidenschaft gezogen werden, selbst wenn man deren Sonderstellung hinsichtlich des Qualitätsmaterials in Betracht zieht. Die Kriegszeit hat auf die Erzeugung sehr ungünstig gewirkt. Der drohende Brennstoffmangel in Verbindung mit der Gefahr des Personalmangels sämtlicher Industrien, die eine unmittelbare Folge der Einführung des achtstündigen Arbeitstages ist, könnte nur durch schnelle Erschließung der Wasserkräfte für die Elektrifizierung der metallurgischen Betriebe behoben werden. Bisher sind alle derartigen Bestrebungen an dem erst kürzlich revidierten Wasserbaugesetz gescheitert. In absehbarer Zeit dürfte jetzt wegen der Unmöglichkeit, die hierzu nötigen erheblichen Kapitalien aufzubringen, an einen solchen Ausbau nicht zu denken sein, und vorläufig bleibt deshalb nichts anderes übrig, als die Herstellung einzuschränken. Die Hüttenindustrie wird sowohl mit hohen Erzpreisen und hohen Holzkohlenpreisen, als auch nicht zum mindesten mit weiteren Erschwerungen infolge der Einführung des achtstündigen Arbeitstages zu rechnen haben. Was die unmittelbare Einführung des verkürzten Arbeitstages betrifft, so muß allein die Kostenfrage zu den schwersten Folgen führen, denn abgesehen von dem dadurch entstehenden Personalmangel erfordert die Ausführung von 30–40% neuen Wohngelegenheiten für die dann benötigten etwa 15 000 neuen Arbeiter eine Ausgabe von annähernd 90 Mill. Kr., wenn man einen Kostenbetrag von 6000 Kr. für eine Arbeitskraft zugrunde legt. Eine Umstellung der Betriebe dürfte nur in der Form einer weiteren Spezialisierung der einzelnen Werke möglich sein. Was eine Ausgestaltung der Verkaufspreise anbelangt, so würde ihre Erhöhung die Stellung Schwedens auf dem Weltmarkt aufs äußerste gefährden. In Zentraleuropa werden die Herstellungskosten, selbst bei achtstündigen Arbeitstagen, nicht im gleichen Maße beeinflußt werden, wie in Schweden. Die während des Krieges erfolgte Steigerung der Erzeugung in England und Amerika ist ein weiterer Nachteil für Schweden.

Die schwedische Hüttenindustrie muß in erster Linie auf die Erzeugung von Qualitätsware bedacht sein. Was die feineren Stahlsorten betrifft, so wird mit einer Beschränkung des Absatzes hier nicht zu rechnen sein. Die Fabriken sind auch bestrebt, den Vorsprung, den sie durch Ausschaltung der deutschen Konkurrenz im Kriege gewonnen haben, nach Möglichkeit auszunutzen, um die Auslandsmärkte für Schweden zu erhalten. Trotzdem wird jedoch namentlich durch die englische Kontrolle die schwedische Ausfuhr beschränkt bleiben. In Zusammenfassung der für die schwedische Hüttenindustrie bestehenden Aussichten kann gesagt werden, daß das Gedeihen der schwedischen Industrie zum größten Teil von der Initiative ihrer Ingenieure und Werksangestellten abhängt. Ebenso gut wie Deutschland und England aus schlechtem Material jetzt bessere Qualität als früher erzeugen können, wird Schweden aus

seinem guten Material etwas noch Besseres hervorbringen müssen. „Die schwedische Hüttenindustrie müsse“, so schreibt „Svensk Handelstidning“, „von allen sie jetzt bedrückenden Beschränkungen staatlicherseits befreit werden, und vor allem müsse gegen die überstürzte Sozialisierung der Industrie energisch protestiert werden.“

Über die Wirkungen, die eine der heutigen Besetzungslage entsprechende Festlegung der Grenzen Ungarns auf die ungarische chemische Industrie ausüben würde, äußert sich Vegyi Spar folgendermaßen: Aus den im bisherigen Ungarn befindlichen zehn Großbetrieben der allgemeinen chemischen Industrie und der Kunstdüngerfabrikation würde für das verstümmelte Ungarn insgesamt eine einzige Anlage verbleiben. Ungarn würde seine einzige Verkohlungsanlage, seine einzige Kalkstickstoff- und Calciumcarbidfabrik, seine beiden Soda- und Ätznatron-, sowie Chlorfabriken, alle 12 Holzdestillationsanlagen, alle 9 Cellulosefabriken und alle 6 Gerbmateralfabriken einbüßen. Es verbleiben von 17 Mineralölraffinerien zusammen 7, von 18 Gasfabriken nur 7, von den 9 Knochenaufarbeitungs- und Leimfabriken 6, von 5 Sprengstofffabriken 3, von ungefähr 40 größeren Seidenfabriken kaum 25. Aus diesen Daten geht klar hervor, daß eine territoriale Verstümmelung Ungarns in erster Reihe die chemische Großindustrie in verhängnisvoller Weise treffen würde.

Harzgewinnung im deutschen Walde. Im Jahre 1915 wurden die ersten Versuche zur Herausbildung eines zweckmäßigen Verfahrens der Harzgewinnung in der Oberförsterei Chorin unternommen, welche so günstige Ergebnisse lieferten, daß schon 1916 namentlich in Preußen und Bayern die Harzgewinnung im großen betrieben werden konnte. Inzwischen ist es den unausgesetzten Bemühungen zahlreicher Gelehrter und praktischer Forstleute gelungen, diese Verfahren so weit durchzuarbeiten, daß besonders die Gewinnung des sehr wertvollen Kieferharzes bei unerheblichen Ausgaben für Geräte nutzbringend und wirtschaftlich ausgestaltet werden konnte. Wenn auch anzunehmen ist, daß der endgültige Friedensschluß und damit die Aufhebung der Blockade in greifbare Nähe gerückt sind, so wird es doch auch in Zukunft sowohl aus wirtschafts- wie finanzpolitischer Erwägung heraus notwendig und nützlich sein, uns nach Möglichkeit hinsichtlich aller Rohstoffe, die nicht unbedingt eingeführt werden müssen, vom Auslande möglichst wenig abhängig zu machen, zumal wir durch Gewinnung wenigstens eines Teiles der Rohstoffe im Inlande einen gewissen Einfluß auf die Preisbemessung erzielen können. Es ist daher die Pflicht jedes Besitzers eines für Harzgewinnung geeigneten Waldes im Interesse der Allgemeinheit, an der Beschaffung des für unsere Industrie dringend notwendigen Harzes mitzuarbeiten, eine Pflicht, der er um so lieber nachkommen wird, als die Harzgewinnung bedeutende Übereinnahmen bringt. Die Forstberatungsstellen der Landwirtschaftskammern sowohl wie die staatlichen Oberförstereien sind angewiesen und gern bereit erschöpfende Auskunft über die erfolgreichste Methode der Harzgewinnung zu geben. (Pressedienst d. Minist. f. Landwirtsch., Domanen u. Forsten.)

Marktberichte.

Japanischer Handel mit Opium und Morphin in China. In einem Bericht der „North-China Daily News“ werden Einzelheiten über den noch immer blühenden Opiumhandel der Japaner in China mitgeteilt. Dieser Handel übertrifft den des Jahres 1913 noch beträchtlich. Im Gegensatz zu früher wird das Morphin jetzt aber von den Japanern nicht mehr in Europa angekauft, sondern von ihnen selbst im Lande hergestellt. Obwohl Japan das Abkommen unterzeichnet hat, das die Einfuhr von Morphin nach China verbietet, vollzieht sich dieser Handel doch weiter unter direkter Billigung und Förderung durch die japanische Regierung. Hierbei spielt die japanische Post die Übermittlerin, indem Japan nicht gestattet, daß die chinesischen Zollbehörden die aus Japan kommenden Pakete kontrollieren. Überall in China gibt es japanische Drogenhandlungen, die im Besitze großer Vorräte von Morphin sind. Das japanische Opium stammt aus Persien und aus Korea, ferner aus der Mandschurie und Formosa. Auf dem Opiummarkt von Kalkutta ist Japan einer der wichtigsten Abnehmer geworden. Das von der indischen Regierung verkaufte Opium wird unter dem Schutz der japanischen Regierung nach Kobe verschifft und von dort nach Tsingtau gebracht. Mit Hilfe der japanischen Eisenbahn, die von dort nach Tsinanfu geht, wird es nach Shanghai und in das Jangtsetal geschmuggelt. In Kalkutta für 3500 Rs. für den Kasten (etwa 1000 Tls.) verkaufte Opium kostet in Kobe-Hafen etwa 1200 Tls., dieses Opium wird in Shanghai für 500 Doll. für einen Ballen (40 Ballen auf einen Kasten), also für 20 000 Doll. für einen Kasten, verkauft. Man schätzt die Menge des zwischen dem 1./1. und dem 30./9. 1918 in Indien gekauften und über Kobe nach Tsingtau gebrachten Opiums auf nicht weniger als 2000 Kasten. Die japanische Regierung erhebt einen Zoll auf diese Opiumausfuhr, der sich auf 4000 Tls. für einen Kasten beläuft, was bei einer Ausfuhr von 2000 Kasten einer Einnahme von insgesamt

2 Mill. Pfd. Sterl. entspricht. Diese ungeheure Einnahme aus dem Schmuggelhandel erklärt die Herkunft der riesigen Summen, die jetzt von den Japanern auf den Ausbau von Tsingtau und die Kräftigung des dortigen japanischen Handels verwendet werden. („Chemist and Druggist“ Nr. 2039.) *u.**

Wie der „Seedienst“ aus Rotterdam meldet, nähern sich die Verhandlungen über die **Lieferung von deutschem Stahl nach Holland** ihrem Abschluß, nachdem die Schwierigkeiten bezüglich der Anerkennung der im Vorjahre abgeschlossenen Lieferungsverträge durch Holland überwunden worden sind. Die deutschen Gesellschaften werden bezüglich des Preises soweit als möglich ihren holländischen Abnehmern entgegenkommen, doch ist damit zu rechnen, daß dies in erster Reihe in der Zahlungsweise zum Ausdruck kommt. Es hat sich nämlich überdies herausgestellt, daß die an Holland gelangten Offerten englischer und amerikanischer Stahlwerksgesellschaften, die auf dem Papier bedeutend unter den deutschen Preisen lagen, sich bei der Durchführung des Auftrages durch verschiedene Umstände bedeutend erhöhen, so daß die heutige Preisgrundlage für deutschen Stahl für Holland noch die vorteilhafteste geblieben ist. Dieser Umstand hat nicht wenig dazu beigetragen, die Verhandlungen in wirtschaftlich-politischem Sinne günstig zu beeinflussen. — Holland bedarf zunächst in größerem Umfange Röhren, Schiffsbaustahl und Stabeisen. Auch die Ausfuhr von Schrott aus Deutschland wäre Holland sehr erwünscht. („B. B. C.“) *on.*

Preis der Zuckerrüben im Betriebsjahr 1919/20. Untern 19./3. wird folgendes verordnet: Rübenverarbeitende Fabriken dürfen in Verträgen über Lieferung von Zuckerrüben für das Betriebsjahr 1919/20 keinen niedrigeren Preis für 50 kg vereinbaren als 2,95 M über dem im Betriebsjahr 1913/14 von ihnen für Kaufrüben gezahlten Preise. Verträge, die vor Inkrafttreten dieser Verordnung zu einem niedrigeren Preise abgeschlossen sind, gelten, soweit im Betriebsjahr 1919/20 zu liefern ist, als zu diesem Mindestpreis abgeschlossen. Soweit Aktionäre oder Gesellschafter einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung auf Grund des Gesellschaftsvertrags zur Lieferung verpflichtet sind, finden die Vorschriften sinngemäß Anwendung; in diesem Falle wird der feste Geldpreis zugrunde gelegt, der im Betriebsjahre 1913/14 für die auf Grund des Gesellschaftsvertrags gelieferten Rüben gezahlt ist. Bei Fabriken, die für das Betriebsjahr 1913/14 Verträge der bezeichneten Art nicht abgeschlossen hatten, beträgt der Mindestpreis für Rüben 4 M für 50 kg. Bei Berechnung des Minderpreises bleiben Abreden über Erhöhung des vereinbarten Preises mit Rücksicht auf den Zuckergehalt, den Gewinn der Fabrik oder sonstige Umstände sowie über Nebenlieferungen außer Betracht. Der Reichsernährungsminister kann weitere Bestimmungen treffen und Ausnahmen zulassen. *dn.*

Kartelle, Syndikate, wirtschaftliche Verbände, Zwangswirtschaft, Monopole.

Geplanter Zusammenschluß in der englischen Weißblechindustrie. Nachdem die Herstellung von Weißblech in den Vereinigten Staaten stark zugenommen hat und die dortigen Weißblechfabrikanten sich zu einer Verkaufsorganisation zusammengeschlossen haben, beabsichtigen die in Wales sich befindenden Weißblechbetriebe, sich ebenfalls zusammenzuschließen, um gegen den amerikanischen Wettbewerb gemeinschaftlich vorzugehen. („Financial News“ vom 12./3. 1919.) *ar.*

Die Zentralisierung des Ein- und Verkaufs in der niederländischen Metallindustrie wird in der Zeitschrift „Economisch Statistische Berichten“ vom 12./2. besprochen. Die Schwierigkeiten, Rohstoffe für die Metallindustrie zu erlangen, ohne allzu hohe Preise zu zahlen, haben vor geraumer Zeit zur Errichtung der „Handelsvereniging van Metaalindustrieelen“ geführt. Diese hat die Interessen ihrer Mitglieder gegenüber den ausländischen Lieferanten und den Einfuhrhändlern zu wahren. Um nicht allein beratend, sondern auch selbst handelnd aufzutreten, gründete diese Gesellschaft im Jahre 1917 eine Einkaufsgenossenschaft für die Metallindustrie, zu der die meisten Mitglieder der Handelsvereinigung ihre Mitgliedschaft erklärten. Auch andere Großverbraucher von Eisen und Stahl, sowie Bergwerke, Gasanstalten, elektrische Zentren und Wasserwerke wurden Mitglieder der neuen Gründung. Dies hatte zur Folge, daß außer den bereits bestehenden Abteilungen noch eine weitere, und zwar ausschließlich für elektrotechnische Artikel, gebildet werden mußte. Im Jahre 1918 wurden ungefähr für 8 Mill. Gulden Aufträge ausgeführt. Eine gleiche Anzahl von weiteren Aufträgen konnte wegen Mangels an Rohstoffen nicht ausgeführt werden. *ar.*

Zusammenschluß gegen Verstaatlichung in Frankreich. Die beiden Verbände „Confédération générale du Commerce et de l'Industrie“ und „Fédération nationale de l'Industrie et de l'Agriculture“ haben sich zu einem einzigen Verband „Confédération nationale du commerce, de l'industrie et de l'agriculture“ zusammengeschlossen. In erster

Linie wurden Beschlüsse zur Stellungnahme gegen Verstaatlichung („étatisme“) gefaßt. („Bulletin“ vom 28./2. 1919.) *on.*

Auf Veranlassung der französischen Regierung hat sich ein **Konsortium der französischen Seifenindustrie**, mit dem Sitz in Marseille, gebildet. Dieses Konsortium soll sich hauptsächlich mit dem Kauf, dem Transport, der Einfuhr, der Lagerung, Verteilung und Nutzbarmachung der für die Seifenindustrie notwendigen Rohfette und ihrer Nebenprodukte befassen. Alle Firmen, die vor dem 1./8. 1914 Rohmaterialien für die Seifenindustrie eingeführt haben, erhalten eine Beteiligung, die der Menge der von ihnen in den Jahren 1911, 1912 und 1913 tatsächlich auf Seife verarbeiteten Rohstoffe entspricht; die Beteiligung solcher Firmen, die sich erst nach dem genannten Datum mit der Einfuhr von Rohstoffen für die Seifenfabrikation befaßt haben, soll von dem Direktorium des Konsortiums unter Mitwirkung der Regierung festgesetzt werden. Für Fabrikanten, die dem Konsortium nicht beitreten wollen, ist eine Kontingentierung der Rohmaterialien vorgesehen; die Rohstoffmengen, welche das Konsortium diesen Fabrikanten zuweisen wird, sollen von dem Handelsministerium nach Anhörung des Regierungsausschusses für Fettstoffe bestimmt werden. In gleicher Weise soll auch die Höhe des Aufschlages, den die außerhalb des Konsortiums stehenden Firmen zu den für die Mitglieder geltenden Preisen zu zahlen haben, festgesetzt werden. („Chem. Trade J.“ Nr. 1657.) *u.**

Interessengemeinschaft von mährischen Zuckerfabriken. Zwischen den Rohatz-Bisener Zuckerfabriken Rudolf Auspitz & Co. und der A.-G. für Zuckerindustrie (Göddinger Zuckerfabriken) finden Verhandlungen bezüglich Anbahnung einer Interessengemeinschaft statt. Für den Fall des Zustandekommens wird eine Kapitalvermehrung der Aktiengesellschaft für Zuckerindustrie sich notwendig erweisen. („Neues Wiener Tagblatt“ vom 4./3. 1919.) *on.*

Aus Handel und Industrie des Auslandes.

Allgemeines.

Amerikanische Handelsbeziehungen im Auslande. Amerikanische Anstrengungen, Englands Handel an sich zu reißen, machen sich jetzt auch in Italien bemerkbar. Eine Gruppe amerikanischer Industriefirmen hat sich angeboten, Italien jährlich 3 Mill. t Kohlen zu niedrigerem Preise zu liefern, als die englischen. In den Preisen ist die Fracht eingeschlossen. Eine andere Firma erbot sich, der italienischen Regierung Lokomotiven zu liefern, deren Preis 20% unter dem Kriegspreis ist. Die Handelskammer von Cleveland, Ohio, beabsichtigt, laut „Times“ vom 6./3. eine Kommission von 37 Geschäftsleuten nach den Niederlanden, Großbritannien, Belgien und Frankreich zu senden, um die gegenseitigen Handelsbeziehungen und Finanzbeziehungen enger zu gestalten. In Rio erwartet man den Dampfer „Vauban“ mit 500 Vertretern des Großhandels der Vereinigten Staaten, die sich nach Brasilien und Argentinien begeben, um die wirtschaftlichen Beziehungen der Vereinigten Staaten zu Südamerika zu fördern. *ar.*

Schwedens Handel mit Australien. Schwedische Kaufmannskreise sind durch die Reutermeldung aus Melbourne, wonach die australische Regierung die Einfuhr von Waren nicht englischen Ursprungs verbietet, sehr beunruhigt. Der Direktor der schwedischen Allgemeinen Ausfuhrvereinigung äußerte sich über diese Gelegenheit folgendermaßen: Diese Maßnahme Australiens ist auf das jetzt überall herrschende Bestreben zurückzuführen, die Einfuhr zu regeln, um die heimische Industrie zu schützen. Die australische Industrie hat natürlich nicht so sehr unter dem Kriege gelitten wie die europäische, befindet sich jetzt aber doch in einer Übergangsperiode. Daher ist die Gefahr durch eine ausländische starke Konkurrenz sehr groß. Die schwedischen Interessen in Australien sind sehr bedeutend. Die überseeischen regelmäßigen Dampfschiffverbindungen haben während des Krieges nicht in vollem Maße aufrecht erhalten werden können, aber man nimmt an, daß die Linien jetzt bald wieder in vollem Umfang in Betrieb genommen werden können. Schweden denkt wie früher Weizen und Wolle aus Australien zu kaufen und hofft, dort dieselben Ausfuhrwaren wie früher, besonders Holz, Maschinen, Metall, Eisen und Stahl sowie Papier abzusetzen. Bekanntlich werden diese Waren in Australien nicht oder wenigstens nicht in ausreichender Menge hergestellt. Es werden also jedenfalls Lizenzen erteilt werden. Man kann außerdem annehmen, daß ein derartiges Einfuhrverbot nicht darauf abzielt, alle Einfuhr abzuschließen, sondern sie nur mit Hilfe des Lizenzsystems zu regeln. („Aftonbladet“ vom 10./3. 1919.) *on.*

Schwedens Handelsbeziehungen mit Island. Unter den in letzter Zeit hervorgetretenen industriellen Plänen steht die Ausbeutung von Islands bedeutenden Wasserkraften obenan. Zu diesem Zwecke besuchte kürzlich eine isländische Studienkommission Schweden. Die schwedische Wasserkraftverwaltung stellte der Kommission reichhaltiges Studienmaterial zur Verfügung. Zum Beweis dafür, daß auf Island großes Interesse für Industrieanlagen vorhanden wäre, erwähnte Direktor Lundborg, ein bewährter Kenner

Islands, daß kürzlich eine isländische Margarinfabrik in Betrieb genommen worden sei. Zum Schluß betonte der Sachverständige, daß die Aussendung eines schwedischen Konsuls nach Island von großer Wichtigkeit wäre. Dieser hätte die Vorarbeiten für die zukünftigen Handelsverbindungen zwischen Schweden und Island in die Wege zu leiten. Das Handelskollegium hätte diesem Vorschlag auch bereits zugestimmt. („Aftonbladet“ vom 10./3. 1919.) ar.

Kündigung der Schweizer Handelsverträge. Nach der Kündigung des Handelsvertrages seitens Frankreichs, Italiens und Spaniens mit der Eidgenossenschaft kündigte diese, um freie Hand zu bekommen, die Handelsverträge mit Deutschland, Österreich, Ungarn und Serbien. Gr.

Bergbau und Hüttenwesen.

Australien. Eisenerzlager in Tasmanien. Die Regierung hat, laut „Financial News“ vom 1./2., für die Dauer von einem Jahre das Vorkaufsrecht auf die Eisenerzlager am Blythfluß in Tasmanien erworben. Der Kaufpreis soll entweder in bar oder durch Barzahlung und Beteiligung an einer zu gründenden Gesellschaft, deren Kapital mindestens 1 Mill. Pfd. Sterl. betragen soll, erlegt werden. ar.

England. Geschäftsabschluß. Shelton Iron and Coal Company. Einschließlich des Vortrags aus dem Vorjahr Reingewinn 141 820 Pfd. Sterl. 25 000 Pfd. Sterl. werden den Reserven überwiesen, eine weitere Dividende von 5% (7 1/2% für das ganze Jahr) zur Verteilung gebracht und 79 620 Pfd. Sterl. auf neue Rechnung vorgelassen. („Financial Times“ vom 22./2. 1919.) ar.

Schweden. In Bielängen, Västergötland, sind **vanadinhaltige Kohlenvorkommen** entdeckt worden. Die Untersuchung der Kohle ergab einen ungewöhnlich hohen Wasserstoffgehalt, während der Gehalt an Säure nur gering ist. Der Wärmewert wird auf etwa 10 000 WE., also auf ebensoviel veranschlagt, wie sie beste englische Steinkohle besitzt. Der Vanadinegehalt der Kohle wird als homogen bezeichnet, die Untersuchung der Asche ergab 40–50% Vanadinsäure. Schätzt man den Kohlenabbau auf etwa 10 000 t jährlich und den Ertrag aus einer t Kohle auf 2 kg Vanadin, so würden etwa 20 t Vanadin jährlich gewonnen werden. Die Gesamtwerterzeugung beträgt zur Zeit 135–300 t Vanadin. („Stockholms Dagblad“ vom 16./2. und 10./3., „Svensk Handelstid.“ vom 15./2. und 4./3., „Affärsvärlden“ vom 26./2. 1919.) U.

Österreich. Geschäftsabschlüsse. Prager Eisenindustrie-Gesellschaft. Das Ergebnis des ersten Halbjahres 1918/19 stellt sich gegen den gleichen Zeitraum des vorigen Geschäftsjahres um etwa 6 Mill. Kr. niedriger. Der Absatz an Eisenfabrikaten blieb gegenüber dem Vorjahr um 890 000 dz, an Phosphatmehl um 7000 dz, an Steinkohle um 2 320 000 dz zurück. Gegenüber der Erzeugung in normalen Zeiten werden jetzt nur ungefähr 50% Roheisen, 40 bis 45% Stahl, 50–60% Kohlen hergestellt. Der Absatz an Eisenfabrikaten beträgt gegenwärtig zwischen 30 und 40% des normalen. Der Verwaltungsrat beschloß die Verlegung des Sitzes der Gesellschaft nach Prag.

Österreichische Alpine Montan-Gesellschaft (s. a. S. 207). Der relativ noch günstige Verlauf des Jahres 1918 kommt auch bei den soeben veröffentlichten Abschlußziffern dieses größten österreichischen Montanunternehmens zum Ausdruck. Für die Gesellschaft treffen die gleichen Momente zu wie bei den deutschen Unternehmungen der Kohlen- und Eisenindustrie, die es im vorigen Jahre durch erhebliche Preiserhöhungen verstanden haben, sich ausgiebig und rechtzeitig gegen die Ausfälle der Herstellung und gegen die erhöhten Unkosten zu sichern. Daß dieser Wettlauf um die Rentabilität nicht ins Ungemessene fortgetrieben werden kann und vielleicht heute schon die Grenze der Wirkungsfähigkeit überschritten hat, ist eine offene Frage. Nach Abschreibungen von 5 413 358 (5 302 082) Kr. Reingewinn 7 962 281 (9 305 608) Kr. Unter Hinzurechnung des Gewinnvortrages von 2 179 873 (4 004 826) Kr. beläuft sich der Gesamtgewinn auf 10 142 153 (12 310 433) Kr. Dividende 10 (13)%. ar.

Chemische Industrie.

Verkauf deutscher Farbstoffpatente in den Vereinigten Staaten. Vertreter der Farbstoffindustrie, die kürzlich in New York zusammenkamen, haben, wie „Chemical Trade Journal“ meldet, dem Alien Property Custodian den Wunsch der amerikanischen Chemikalienfabrikanten unterbreitet, Patente auf deutsche Farben einem nicht auf Gewinn ausgehenden Trust chemischer Produzenten zu verkaufen, so daß sich kein Unternehmen ein Monopol sichern kann. Bisher wurden verschiedenen Fabrikanten deutsche Patente nach einem Lizenzsystem überlassen. Die unbeschränkte Freigabe dieser Patente würde, wie man annimmt, einige der größten Schwierigkeiten beseitigen, denen sich die amerikanische Farbstoffindustrie gegenüber sieht. Hierzu gehört in erster Linie die Herstellung von Phantasieschattierungen für Wollenwaren, ferner die Erzeugung von echten Alizarin- und drittens von Küpfenfarbstoffen. Mehrere Farbenkonzerne sollen sich mit der Erforschung zur Herstellung dieser Farben befaßt

und soweit Erfolg gehabt haben, daß sie bereits die nötigen Betriebsanlagen in Angriff genommen haben. ar.

England. Geplante Kapitalerhöhung. In einer außerordentlichen Generalversammlung der Magadi Soda Co. am 17./3. 1919 soll Beschluß über eine Kapitalvermehrung gefaßt werden. Geplant ist die Erhöhung des Kapitals um 500 000 Stammaktien zu 1 Pfd., wonach von dieser Aktienklasse 1 750 000 neben 1 250 000 minderberechtigten (deferred) Aktien zu 1 sh. vorhanden sein würden. Um keine Zeit zu verlieren, sollen gleich nach dem Beschluß Obligationen in Höhe von 500 000 Pfd. ausgegeben werden, die unter gewissen Bedingungen zu pari in Stammaktien umgetauscht werden können. („Fin. News“ vom 12./3. 1919.) Ec.*

Geschäftsabschluß. Die Gesellschaft Borax Consolidated Ltd. (vgl. S. 196), deren Geschäftsjahr vom Oktober bis September läuft, hat in den letzten drei Jahren folgende Entwicklung gehabt (in Pfd. Sterl.):

	1916/16	1916/17	1917/18
Reingewinn	369 907	385 527	431 343
Abschreibungen	50 000	40 000	50 000
Reservendotierung	165 000	50 000	60 000
Vortrag auf neue Rechnung	112 913	92 703	105 371

Dabei sind regelmäßig neben 87 850 Pfd. Obligationszinsen an Dividende gezahlt worden: 5 1/2% oder 44 000 Pfd. auf die Vorzugsaktien, 6% oder 36 000 Pfd. auf die bevorrechtigten Stammaktien, 15% oder 135 000 Pfd. auf die sonstigen Stammaktien. („Fin. News“ vom 13./3. 1919.) Ec.*

Aus Handel und Industrie Deutschlands.

Allgemeines.

Deutsch-amerikanischer Warenaustausch. Trotz der von der Entente in Aussicht gestellten Ausfuhrbeschränkungen dürfte für die nächste Zeit doch mit einer wesentlichen Ausdehnung des Ausfuhrgeschäftes zu rechnen sein, da die von der Entente zu liefernden Lebensmittel letzten Endes mit deutschen Ausfuhrartikeln bezahlt werden müssen. Innerhalb der Entente sind insbesondere die Amerikaner bemüht, diesen Warenaustausch baldmöglichst in die Wege zu leiten. Es ist daher jüngst in New York von seiten hervorragender Finanziers und bekannter Aus- und Einfuhrkreise eine Gesellschaft gegründet worden, die, mit sehr bedeutendem Kapital ausgestattet, bereits in fast sämtlichen europäischen Staaten Filialen errichtet hat. Diese Gesellschaft hat nun neuerdings unter dem Namen „Amerikanische Warenaustauschgesellschaft“ auch in Berlin eine Niederlassung eröffnet, die sich vornehmlich mit der Einfuhr von Rohprodukten von der Entente und der Ausfuhr deutscher Waren nach Amerika und den Ententeländern beschäftigen soll. Die neue Gesellschaft wird insbesondere für die Belieferung der Entente mit Chemikalien, Farben, Eisenwaren und Maschinen sorgen. („B. B. C.“) Gr.

Die amerikanische Handelskammer in Berlin, Friedrichstraße 59, richtet an die deutsche Geschäftswelt die Aufforderung, sich mit ihr in Verbindung zu setzen, ehe von seiten deutscher Einfuhr- oder Ausfuhrfirmen Geschäftsbeziehungen mit Agenten oder Vermittlern angeknüpft werden, die sich er bieten, das Amerikageschäft in die Wege zu leiten. Ebenso ist es erwünscht, daß Vermittler oder Agenten, die sich dem Amerikageschäft widmen, mit der amerikanischen Handelskammer Rücksprache nehmen. on.

Sozialisierung der optischen Industrie? In dem Parteiorgan der Jenaer Mehrheitssozialisten fordert Dr. Eberhard Zschimmer, Mitglied der Geschäftsleitung des Glaswerkes von Schott & Genossen, die sofortige restlose Sozialisierung der optischen Industrie und Feinmechanik Deutschlands nach dem Vorbild der Carl-Zeiss-Stiftung Ernst Abbes. Nach Dr. Zschimmer ist der Weg, der zu gehen ist, durch die Sozialisierung der Kohle vorgezeichnet. Die Initiative liegt bei den „Werkleuten“ der optischen Industrie. Sie müssen sich sofort zusammenschließen zu einem Kongreß von sozialdemokratischen Betriebsräten, in denen die Ingenieure (Techniker), Wissenschaftler und Kaufleute keineswegs fehlen dürfen. Dieser „provisorische optische und feinmechanische Industrierrat“ solle eine Kundgebung an die sozialdemokratische Fraktion der Nationalversammlung richten, worin die Fraktion ersucht wird, unverzüglich einen Initiativantrag einzubringen, daß die Regierung sobald als möglich den Entwurf eines Sozialisierungsgesetzes für die optische und feinmechanische Industrie zur Beschlußfassung vorlegt. U.

Aus der Kaliindustrie.

Da die Frage der **Kalipreiserhöhung** (s. S. 197) keinen Aufschub mehr leidet, soll laut „Kuxenzeitung“ zunächst ein Notgesetz geschaffen werden, damit den Kaliwerken die Möglichkeit geboten wird, ihren hinsichtlich der Bergarbeiterlöhne eingegangenen Verpflichtungen nachzukommen. du.

¹⁾ W. N. D. Übersiedienst.

Gewerkschaft Centrum in Berlin. Die zu dem früheren Max Ulrich-Konzern gehörende Kaligewerkschaft hat bis jetzt einen Betrieb noch nicht eröffnet; die Verwaltung ist bemüht gewesen, die Kaligerechtsame zu verwerten. In der ersten Hälfte des Jahres 1918 war die allgemeine Lage so, daß man hoffen durfte, mit diesem Bestreben Erfolg zu haben. Im weiteren Verlauf des Jahres schlug die Situation vollständig um. Dadurch, daß Frankreich Elsaß in seine Gewalt gebracht hat, kann von einem deutschen Kalimonopol in der Welt nicht mehr gesprochen werden. Andererseits ist der Bedarf des feindlichen Auslandes, das $4\frac{1}{2}$ Jahre auf jede Kalizufuhr hat verzichten müssen, ein so bedeutsamer, daß den deutschen Kaligewerken auf recht lange Zeit ein schöner Absatz gewährleistet ist. Einem späteren Zeitpunkt muß die Entscheidung über die bergbauliche Selbstbetätigung vorbehalten bleiben. *on.*

Die Vollversammlungen der **Gewerkschaften Friedrichroda I und II** fanden in Hannover statt. Die Verwaltung führte aus, daß zur Zeit in der Gewerkschaft die Tagesanlagen auszubauen seien. Die Arbeiter, welche aus dem Felde zurückgekehrt sind, habe man vorläufig mit Notstandsarbeiten beschäftigt. Im Herbst hoffe man, mit der Förderung und dem Vermahlen der Salze beginnen zu können. Auf der 500-Meter-Sole sei ein großes hartes Salzager mit einem Durchschnittsgehalt von 14–15% K_2O und mit einer mittleren Mächtigkeit von 11 m erschlossen. Auf der 600-Meter-Sole sei ein hochprozentiges Sylvinitlager mit einem Durchschnittsgehalt von 20% K_2O und einer mittleren Mächtigkeit von 3,5 m angefahren. Sobald Kohlen geliefert werden, sollen die Vortriebsarbeiten unverzüglich wieder aufgenommen werden. Das Unternehmen kann in einem Jahr in den vollen Besitz der Quote kommen. *ar.*

Bergbau und Hüttenwesen; Metalle.

Nach dem Jahresbericht des **Essener Bergwerksvereins König Wilhelm** zeigen Kohlen- wie Kokserzeugung eine Abnahme. Erstere betrug 1 029 907 (1 107 731) t und letztere 431 451 (452 220) t. Die Arbeiten zur Herstellung eines neuen Schachtes sind an drei verschiedenen Stellen in Angriff genommen. Nach Abschreibungen von 1 439 232 (1 590 858) M, sowie der zum Teil erheblich gestiegenen Selbstkosten beträgt der Überschuß 1 899 030 (4 290 994) M, wovon 12 (20)% Dividende auf die Stamm- und 17 (25)% auf die Vorzugsaktien verteilt werden. *on.*

Siegerländer Eisenstein-Werke. Die Jahresförderung 1918 betrug nach dem Jahresbericht des Vereins der Siegerländer Eisensteinwerke 1 887 279 t, der Absatz 2 222 387 t. Die für den Versand erforderliche Mehrmenge wurde vom Lager genommen. Der Vorstand führt hierzu weiter aus: „Während die Werke, die Kriegsmaterial lieferten, im allgemeinen gute, zum Teil sogar bessere Gewinne erzielten, war bei den Siegerländer Eisensteingruben das Gegenteil der Fall, in den Jahren 1917 und 1918 hat die Mehrzahl der Gruben mit Verlust, ein Teil ohne Gewinn und andere mit geringem Gewinne gearbeitet. Obgleich die Selbstkosten fortgesetzt stiegen, blieben die Verkaufspreise das ganze Jahr 1918 hindurch unverändert, da die Erhöhung von der Kriegerstoffabteilung abgelehnt wurde.“ — Die Eisensteingruben sind nämlich zum großen Teile im Besitze von Hütten, welche bereits genügende, zum Teil glänzende Überschüsse erzielten. Es war somit recht und billig, Grube und Hütte als Ganzes zu behandeln. *on.*

Metallwerke vormals J. Aders A.-G. in Neustadt-Magdeburg. Einschließlich Vortrag von 631 518 (542 574) M und Abschreibungen von 97 689 (84 806) M Reingewinn 167 286 (151 182) M. Dividende wieder 6% und außerdem 5% Bonus. Neu Vortrag 296 (63 292) M. *dn.*

Hirsch, Kupfer- und Messingwerke A.-G., Berlin. In der Sitzung des Aufsichtsrates wurde beschlossen, der zum 24./4. einzuberufenden Generalversammlung vorzuschlagen: Aus dem nach Abschreibungen von 696 942 (i. V. 557 779) M auf Gebäude und Maschinen verbleibenden Reingewinn von 3 766 927 (5 332 345) M eine Dividende von 10 (20)% zur Ausschüttung zu bringen. Nach der mit der Chemischen Fabrik Hönningen und vormals Messingwerk Reinickendorf R. Seidel A.-G. vorgenommenen Fusion (vgl. Angew. Chem. 31, III, 43 und 61 [1918]) und der erfolgten Kapitalerhöhung sind die drei Reservefonds auf den Betrag von 9 000 000 (gegen 5 000 000 M i. V.) erhöht worden. *on.*

Industrie der Steine und Erden.

Buckauer Porzellan-Manufaktur Akt.-Ges., Magdeburg-Buckau. Nach Deckung der Unkosten sowie nach Abschreibungen von 15 238 (30 396) M und verschiedenen Rückstellungen Reingewinn 10 000 (7708) M, wovon die Ausschüttung einer Dividende von 6 (5)% vorgesehen ist. Das Ergebnis ist mit Rücksicht auf die Fabrikations-schwierigkeiten, unter denen das Unternehmen im Berichtsjahre zu leiden hatte, ein sehr befriedigendes. *ar.*

Porzellanfabrik C. Tielsch & Co., Altwasser in Schl. Einschließlich 9007 M Vortrag Reingewinn nach 111 427 (113 017) M Abschreibungen 252 294 (193 293) M. Dividende 10 (7)%. *ar.*

Breitenburger Portland-Cementfabrik, Hamburg. Nach Abschreibungen von 218 370 (331 894) M Reingewinn 234 998 (352 679) M. Dividende 5%. Vortrag 46 973 (27 185) M. *on.*

Verschiedene Industriezweige.

Die **A.-G. für Anilin-Fabrikation in Berlin-Treptow** plant im Anschluß an ihre Farbenfabrik in Wolfen bei Bitterfeld die Errichtung einer Sulfat- und Salzsäurefabrik. *ar.*

Mimosa A.-G., Fabrik photographischer Papiere, Dresden. Das Jahr 1918 brachte laut Geschäftsbericht der Gesellschaft den stärksten Beschäftigungsgrad seit Bestehen der Firma. Die Gesellschaft konnte daher trotz äußerster Anstrengung die geradezu stürmische Nachfrage nach den Fabrikaten bei weitem nicht decken und war im Interesse einer möglichst gerechten Verteilung genötigt, eine Zuteilung der Waren an die Kundschaft vorzunehmen. Nach Eintritt der politischen Umwälzung trat eine wesentliche Abschwächung ein, doch belebte sich gegen Ende des Jahres der Geschäftsgang wieder. Die in der vorjährigen Generalversammlung beschlossene Erhöhung des Aktienkapitals um 300 000 M ist durchgeführt worden. Nach Abschreibungen und Rückstellungen von 143 013 (175 762) M ergibt sich einschließlich 25 703 (24 558) M ein Reingewinn von 438 681 (400 615) M. Dividende wieder 24%, Vortrag auf neue Rechnung 27 562 (25 703) M. *ar.*

Soziale und Standesfragen, Unterricht und Forschung.

Standesfragen.

Die Lage des englischen Chemikerstandes erfährt durch das folgende „Eingesandt“ im „Chemical Trade Journal“ vom 22./2. 1919 eine interessante Beleuchtung:

„Im Zusammenhang mit der Demobilisierung und der Wiedereinstellung der Chemiker, die im Heere gedient oder in anderer Weise im Heeresinteresse tätig waren, hat das „Institute of Chemistry“ durch die Presse solche Industrieunternehmen, die analytische, Forschungs- oder Betriebschemiker suchen, aufgefordert, sich an die Geschäftsstelle des Institutes zu wenden, das ihnen bei der Besetzung freier Stellen mit geeigneten Kräften behilflich sein will. Nach diesen Pressenachrichten soll in den Fällen, in denen Anstellungen mit einem Gehalt von 300 Pfd. Sterl. jährlich und mehr angeboten werden, eine gute Auswahl der Bewerber gewährleistet sein. Nach dem „Daily Chronicle“ soll man einem Berichterstatter gesagt haben: „Wenn man heute 200 Chemiker mit einem Jahresgehalt von 300 Pfd. Sterl. braucht, so können wir sie morgen liefern.“ Die Wirkung dieser überall in Umlauf gesetzten Nachricht, die von einer Körperschaft von dem Ansehen des Institute of Chemistry ausgeht, muß die sein, daß 300 Pfd. Sterl. das durchschnittliche Höchstgehalt werden, das in Zukunft die Arbeitgeber gewähren, und das ein gut befähigter und vorgebildeter Chemiker erwarten kann. Dieser Betrag, der einem Einkommen von weniger als 150 Pfd. Sterl. vor dem Kriege entspricht, ist nicht nur eine der Leistungen des Chemikers nur jämmerlich entsprechende Bezahlung, sondern genügt auch nicht im geringsten, um ihm die Möglichkeit einer anständigen Lebensführung zu geben, gar nicht zu reden von den Ausgaben, die nötig sind, um die wissenschaftliche Weiterbildung fortzusetzen, auf der die Zukunft der Nation beruht. Das Institut unternimmt es also, nicht nur die notorische Minderbezahlung eines Berufes zu sanktionieren, der der Industrie, dem Volke und der Allgemeinheit unschätzbare Dienste geleistet hat, sondern es unterstützt auch noch die Arbeitgeber darin, die beklagenswerten Bedingungen zu verewigen, unter denen unsere wissenschaftliche Arbeit bisher ausgeführt worden ist. Im Interesse nicht nur der berufsmäßigen Chemiker, sondern auch der nationalen Wohlfahrt und des nationalen Fortschrittes hält es der ausführende Ausschuß der „Nationalen Vereinigung wissenschaftlicher Arbeiter“ für notwendig, gegen die oben angeführten Pressenachrichten schärfste Verwahrung einzulegen, und zu fordern, daß die Presse diesem Protest dieselbe Weiterverbreitung zukommen läßt wie den Ausführungen des Institutes.“

gez. Eric Sinkinson.“
Das vorliegende interessante Dokument dürfte auch bei uns, wo die Verteuerung der Lebensmittelverhältnisse wohl noch über das 2–3 fache hinausgeht, von den Chemikern sowohl wie von den Arbeitgebern mit Interesse gelesen werden. *u.**

Gewerbliche Fragen.

Gewerblicher Rechtsschutz.

Patentreform. Landenberger (Ztschr. f. Industrierecht 1919, 5/6) fordert, daß bei einer Neugestaltung der Patentgesetzgebung die chemischen Erfindungen mit allen anderen Erfindungen gleichgestellt werden, da der Ausschluß der chemischen Stoffe vom Patentschutz weder aus theoretischen noch aus praktischen Gründen gerechtfertigt ist und die Gründe, die die jetzige Fassung der einschlägigen Bestimmungen des Patentgesetzes verursacht haben, heute nicht mehr zutreffend sind. *Gr.*

„Die Chemie im täglichen Leben“ ist ein geradezu klassisches Buch, das wie kein anderes geeignet ist, die Laienwelt über die Durchdringung unseres ganzen Lebens und aller wirtschaftlichen Vorgänge mit den Gesetzen der Chemie und ihrer Anwendung zu unterrichten.

Das aus einer Vortragsreihe entstandene Buch ist ja in aller Welt so bekannt — es ist nunmehr in dreizehn fremde Sprachen übersetzt und außerdem in deutsche Blindenschrift übertragen —, daß ein näheres Eingehen auf den Inhalt unnötig erscheint. Es sei nur noch erwähnt, daß in der neuen Auflage die Herstellung von Spiritus usw. aus Calciumcarbid berücksichtigt und damit auch neuesten technischen Errungenschaften Rechnung getragen worden ist.

Scharf. [BB. 143.]

Bakteriologisch-chemisches Praktikum. Die wichtigsten bakteriologischen und klinisch-chemischen Untersuchungsverfahren für Apotheker und Ärzte mit einer Auswahl nahrungsmittelchemischer Arbeitsmethoden von Dr. Johannes Prescher und Viktor Rabs. In 3. Aufl. von Dr. Prescher neu bearbeitet. Mit 58 Abbildungen im Text und 4 Tafeln. Leipzig und Würzburg, Verlag von Curt Kabitzsch. [1918.] Preis geb. M 12,50

Die 3. Auflage zeigt in ihrem Hauptteile gegenüber der 2. keine tiefgreifende Änderung. Anders ist das jedoch beim Kapitel der nahrungsmittelchemischen Arbeitsmethoden. Dort sind mehrere neuere, zum Teil seltener in Anwendung kommende Verfahren aufgenommen und dafür andere, z. B. die Kapitel Käse und Wein betreffend, in der Voraussetzung, daß diese bekannt oder doch leicht zugänglich sind, in Fortfall gekommen. Es erscheint jedoch fraglich, ob die getroffene Auswahl der nahrungsmittelchemischen Arbeitsmethoden zweckdienlich ist und den Erwartungen der Leser entspricht. Ist doch das Buch nicht für Nahrungsmittelchemiker, sondern für Apotheker und Ärzte bestimmt, so daß sich vor allem auch der nahrungsmittelchemische Teil, sofern dessen Beibehaltung überhaupt erwünscht ist, nach dem Vorbilde des Hauptteiles nur auf das Wichtigste beschränken möchte. Dieses würde jedoch in einem inneren Zusammenhang zueinander stehen müssen, was bei der jetzigen Auswahl nicht durchweg der Fall ist. — Im Anhang des Buches werden erstmalig Methoden zur titrimetrischen Bestimmung von Kupfer, Eisen und Zinn mitgeteilt. — Der Vorschlag des Ref. soll den Wert des Buches, das sich, wie das Erscheinen der 3. Auflage beweist, bereits einer guten Aufnahme erfreut, nicht schmälern, sondern künftighin erhöhen.

Fr. [BB. 160.*]

Die Einwirkung von Mikroorganismen auf die Eiweißkörper. Von Privatdozent Dr. Paul Hirsch. Berlin 1918. Verlag Gebrüder Bornträger. 255 Seiten, 1 Textfigur, 6 Karten auf Tafeln.

geh. M 16,—

Das Werk, erschienen als IV. Monographie der von Dr. Aristides Kanitz herausgegebenen Veröffentlichungen „Die Biochemie in Einzeldarstellungen“ will einen Überblick geben über das umfangreiche Material, das die Einwirkung von Mikroorganismen auf die Eiweißkörper zeitigt hat. Vf. hat diese mühevollen Aufgabe, den Stoff kritisch scheidend und erschöpfend behandelnd, meisterhaft

gelöst und damit jedem auf diesem Gebiete arbeitenden Forscher einen wertvollen Helfer auf den Arbeitstisch gelegt.

Nach einem historischen Überblick über die Entwicklung des Forschungsgebietes werden die Arbeiten über die Bausteine des Eiweißmoleküls, dann der chemische Mechanismus der Einwirkung der Mikroorganismen auf die Eiweißkörper bzw. deren Bausteine behandelt. Die nächsten Abschnitte gelten der Erörterung der Umwandlungsprodukte der Aminosäuren, der racemischen Aminosäuren und der Umwandlungsprodukte unbekannter oder nicht sicher bekannter Konstitution und Herkunft. Die Ätiologie der Fäulnis, die physiologischen Eigenschaften der entstehenden Umwandlungsprodukte, ihre pathologische Bedeutung, die Ergebnisse der Mutterkornchemie, die therapeutische Anwendung der entstehenden Amine und endlich Betrachtungen über die Beziehungen zwischen den durch Einwirkung von Mikroorganismen auf Eiweißkörper entstehenden sekundären Umwandlungsprodukten und Produkten des pflanzlichen und tierischen Organismus sowie den Reaktionen, die zu ihrer Bildung führen, beschließen den ersten Hauptteil. Im zweiten Hauptteil wird die Methodik der Isolierung der Umwandlungsprodukte erörtert. Der dritte Hauptteil beschäftigt sich mit den chemischen und physikalischen Eigenschaften der wichtigsten Umwandlungsprodukte, der vierte Hauptteil mit der Darstellung von proteinogenen Aminen auf chemischem Wege und den Derivaten von proteinogenen Aminen. Ein umfangreiches Verfasser- und Sachverzeichnis vervollständigt das für den Chemiker und Physiologen gleich wertvolle Werk.

Bode. [BB. 148.]

Die Kriegsfuttermittel. Von Dr. Max Kling, Vorstand der Landw. Abt. d. Landwirtschaftl. Kreisversuchsanstalt und öffentlichen Untersuchungsanstalt f. Nahrungs- u. Genußmittel in Speyer a. Rh. Stuttgart, Verlag von Eugen Ulmer.

Preis geb. M 8.—

Zur jetzigen Zeit, in der die Landwirte größtenteils auf Ersatzfuttermittel angewiesen sind, ist es für sie dringend notwendig, über Herstellung, Zusammensetzung und Wirkung derselben genauestens unterrichtet zu werden. In dem vorliegenden Werke sind in 14 Abschnitten alle während des Krieges in den Verkehr gebrachten Futtermittel kurz, aber nicht zu knapp behandelt worden; von den aus Friedenszeiten übernommenen Futtermitteln sind nur diejenigen bearbeitet worden, deren Beschaffenheit sich verändert hat oder solche, die während des Krieges eine größere Bedeutung erlangt haben. Ferner haben Wirtschaftsabfälle aller Art und wildwachsende Pflanzen, die früher kaum oder selten als Futtermittel verwendet wurden, Erwähnung gefunden. Der wissenschaftliche Wert des gut ausgestatteten Werkes wird durch die Wiedergabe zahlreicher Originalanalysen und reichliche Literaturangaben erhöht, so daß seine Anschaffung durchaus empfohlen werden kann.

M.-W. [BB. 210.]

Verein deutscher Chemiker.

Märkischer Bezirksverein.

Sitzung am 25./2. 1919

abends 8 Uhr im „Meistersaal“ Köthener Str. 38.

Vorsitzender: Prof. Dr. H. Reisenegger.

Schriftführer: Dr. A. Buss.

Der Vorsitzende eröffnet die Sitzung mit der Mitteilung, daß die Januarsitzung wegen des Streikes der Elektrizitätsarbeiter ausfallen mußte. Es sei somit die erste Sitzung, in der er die Ehre habe, den Vorsitz zu führen. Er danke nochmals für das Vertrauen, das ihm der Verein durch die Wahl zum ersten Vorsitzenden entgegengebracht habe. Dann bittet er die Versammlung, das Andenken der im vergangenen Jahre gestorbenen und der im Kriege gefallenen Mitglieder, deren Namen im Jahresbericht aufgeführt sind, in der üblichen Weise zu ehren.

Hierauf bedankt sich Dr. Diehl für die Wahl zum Ehrenmitglied, die ihn an den Märkischen Bezirksverein, in dem er so lange Jahre den Vorsitz innehatte, noch inniger knüpft.

Nachdem der Sitzungsbericht über die Hauptversammlung von der Versammlung genehmigt wurde und der Schriftführer die Namen der neuen und der vorgeschlagenen Mitglieder bekanntgegeben hatte, erhält Herr Oberingenieur Rudolf Schmidt das Wort zu seinem Vortrage: *Die Trocknungsfragen der Gegenwart.* Der zeitgemäße Vortrag, der noch durch eine große Anzahl von Proben und Mustern wirkungsvoll unterstützt wurde, soll in der Vereinszeitschrift veröffentlicht werden. Die Aussprache, die sich an die interessanten Ausführungen des Vortragenden knüpfte, nahm einen derartigen Umfang an, daß der Vorsitzende bitten mußte, in Rücksicht auf die

große und wichtige Tagesordnung und auf die frühe Polizeistunde eine weitere Erörterung auf eine spätere Sitzung zu verschieben und zu dem nächsten Punkt der Tagesordnung: Prof. Dr. A. Stock: *Bemerkungen zu dem Aufsatz „Neue Zeiten“ in Nr. 7 der Chem.-Ztg.* überzugehen (Angew. Chem. 32, I, 95 [1919]).

Prof. Stock bemerkt einleitend, daß sich seine Ausführungen in keiner Weise gegen die Person des Verfassers richten, sondern eine Kritik des Inhaltes des Aufsatzes darstellen sollen. Er beleuchtet eine Anzahl von Sätzen und Zahlen aus dem Aufsatz und kommt zu dem Schluß, daß die Redaktion der Chem.-Ztg. Aufsätze, die, wie wohl anzunehmen sei, gegen die Absicht des Verfassers die deutsche Wissenschaft und die deutsche Industrie, besonders im Auslande, schädigen, nicht aufnehmen solle.

An der lebhaften Erörterung beteiligten sich die Herren Buss, Diehl, Ephraim, Großmann, Hartung, Hesse, E. Kolshorn, K. Reisenegger, J. Rosenberg, Dipl.-Ing. Schmidt, H. W. Wolff und Zellner. Im Anschluß an die Ausführungen von Prof. Stock verliest der Vorsitzende noch den Schriftwechsel zwischen ihm und Dr. Dyes, der es in einem ausführlichen Schreiben abgelehnt hatte, persönlich zu der heutigen Sitzung zu erscheinen. Das Ergebnis der Aussprache ist, daß der Vorstand von der Versammlung beauftragt wurde, ein Schreiben an die Schriftleitung der Chem.-Ztg. zu entwerfen, das nach besonderer Genehmigung in der nächsten Sitzung (s.S. 216) abgesandt werden solle.

Da infolge des Eintretens der Polizeistunde die Tagesordnung nicht mehr erschöpft werden konnte, so wurde beschlossen, innerhalb 14 Tagen eine außerordentliche Sitzung einzuberufen.

Schluß der Sitzung: 10 Uhr.

Dr. A. Buss.